

MONITOR

GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT

ChancenZeit

Diskussionen um die Zukunft des Dienstes an der Gesellschaft

Natalie Klauser

- › Mit dem Ziel, ergebnisoffen über die Zukunft des Dienstes für die Gesellschaft zu diskutieren, wurde 2023 eine bundesweite Kampagne unter dem Titel „ChancenZeit“ durchgeführt.
- › An den 36 in ganz Deutschland durchgeführten Veranstaltungen diskutierten circa 1.900 Personen. Rund 700 junge Menschen im Alter von 14 bis 19 Jahren beteiligten sich zudem an einer empirischen Umfrage.
- › In einem Gesellschaftsdienst werden durchaus Chancen gesehen, sich persönlich weiterzuentwickeln, jedoch spricht sich eine knappe Mehrheit gegen eine Verpflichtung aus. Ein Fünftel der Befragten ist unentschieden.
- › Bei vielen jungen Menschen besteht ein hoher Informationsbedarf. Es bietet sich an, die Schule als Informationsplattform zu nutzen.
- › Neben einer positiv besetzten Begrifflichkeit sollten Imagekampagnen und Werbemaßnahmen die Vorteile des Dienstes für die Jugendlichen betonen.
- › Damit Jugendliche den Mehrwert einer ChancenZeit für sich erkennen, sollten Anreize ausgebaut und bessere Bedingungen in den unterschiedlichen Einsatzbereichen geschaffen werden.
- › Grundvoraussetzung für die Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsdienstes ist, dass die rechtlichen Bedingungen durch den Gesetzgeber geschaffen werden.

Inhaltsverzeichnis

KAS-Kampagne 2023 zur ChancenZeit	3
Argumente gegen eine Verpflichtung	4
Jugendliche sehen Chancen in der ChancenZeit	5
Verpflichtung oder Freiwilligkeit?	6
Schonmal was vom FSJ gehört?	7
Besseres Image fördert Akzeptanz	7
Wäre eine Verpflichtung überhaupt umsetzbar?	8
Vergütung muss erhöht werden	9
Anreize steigern das Interesse	9
Viele wollen zur Bundeswehr	10
Wie viel Zeit beansprucht die ChancenZeit?	11
Schlussbetrachtung	11
Impressum	14
Die Autorin	14

Die Einführung eines Gesellschaftsjahres wird von Politik und Gesellschaft schon seit einigen Jahren diskutiert. Bereits 2018 stieß die damalige CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer die Debatte um ein verpflichtendes Dienstjahr an. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine brachte eine neue Dynamik in die Diskussion um die Abkehr von der Freiwilligkeit. Ausschlaggebend hierfür ist vor allem die Sorge um die mangelnde Widerstandsfähigkeit Deutschlands vor dem Hintergrund zunehmender militärischer Bedrohungen.

Wenngleich die Stärkung von Bundeswehr und nationalen Verteidigungsfähigkeiten in der Debatte eine bedeutende Rolle spielt, ist zu differenzieren, dass es beim verpflichtenden Gesellschaftsjahr nicht um eine Wiedereinführung der Wehrpflicht, sondern um einen bereichsübergreifenden Dienst für die Gesellschaft geht. Die Idee ist, dass junge Erwachsene nach Beendigung ihrer Schulzeit verpflichtet werden, sich ein Jahr lang in einem Bereich ihrer freien Wahl, also nicht nur im sozialen Sektor, sondern z.B. auch in einer kulturellen, ökologischen oder karitativen Einrichtung oder aber bei der Bundeswehr, für die Gesellschaft zu engagieren. Ein von den befürwortenden Stimmen erklärtes Ziel der Einführung eines obligatorischen Gesellschaftsjahres ist die Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz und des Zusammenhalts durch die Festigung sozialer Bindekräfte. Bundespräsident Steinmeier gehört zu den Unterstützern und spricht sich für die Einführung einer „sozialen Pflichtzeit“ aus. Seit ihrem Bundesparteitag im Jahr 2022 ist die Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsjahres auch offizielle Beschlusslage der CDU Deutschlands. Neben dem gesellschaftlichen wird häufig der Nutzen für die Dienstleistenden selbst als Zeit der Begegnung, der neuen Erfahrungen und der persönlichen Weiterentwicklung hervorgehoben. An dieser Stelle setzt die „ChancenZeit“-Kampagne der Konrad-Adenauer-Stiftung an.

KAS-Kampagne 2023 zur ChancenZeit

In der Debatte über das Gesellschaftsjahr werden bei grundsätzlicher Meinungsvielfalt in Detailfragen bezüglich der Rahmenbedingungen im Wesentlichen zwei Positionen vertreten: Zum einen gibt es Befürworter eines für alle Abschlussjahrgänge verpflichtenden Gesellschaftsdienstes, zum anderen Kritiker der Verpflichtung, die sich für die Stärkung und den Ausbau bestehender Freiwilligendienstangebote aussprechen.

Aber was denken junge Leute über einen Gesellschaftsdienst? Mit dem Ziel, ein ausgewogenes Angebot politischer Bildung zu dem Thema bereit zu stellen und ergebnisoffen zu diskutieren, wie vor allem die betroffene Altersgruppe in ganz Deutschland zum verpflichtenden Dienst für die Gesellschaft eingestellt ist, wurde im Frühjahr 2023 eine bundesweite Kampagne gestartet. Das Projekt stand unter dem Titel „ChancenZeit“, da dieser Begriff die Möglichkeiten bzw. die Chancen, die der Dienst für die Gesellschaft bietet, in den Mittelpunkt stellt. Der Begriff passt zur Zielsetzung einer offenen Diskussion über Ansichten und Ideen zum Dienst an der Gesellschaft. Denn ChancenZeit beinhaltet im Gegensatz zu gängigen Bezeichnungen wie „Dienstpflicht“ oder „Gesellschaftsjahr“ weder den Aspekt der Verpflichtung, noch wird ein fester zeitlicher Rahmen damit gesetzt.

Im Rahmen der Kampagne diskutierten circa 1.900 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, zur Hälfte junge Menschen im Alter von 14 bis 19 Jahren, bei insgesamt 23 Jugendworkshops (World Cafés) und 13 Veranstaltungen in Landeshauptstädten (Landeshauptstadtforen) aus verschiedenen Perspektiven, in welcher Form der Dienst an der Gesellschaft geleistet werden sollte.

Die Veranstaltungen wurden deutschlandweit von den Büros der Politischen Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung organisiert. Die Landeshauptstadtforen, die in allen Landeshauptstädten (außer Bremen, Kiel und München) durchgeführt wurden, richteten sich an Interessierte aller Altersgruppen.¹ An den World Cafés, die in Berlin, Bochum, Bonn, Bremen, Dortmund, Dresden, Erfurt, Greifswald, Hannover, Kiel, Königsstein i. T., Neustrelitz, Oldenburg, Potsdam, Schwerin, Stuttgart und Trier stattfanden, nahmen vor allem Jugendliche im Alter von 14 bis 19 Jahren teil. Bei jeder Veranstaltung im Rahmen der ChancenZeit-Kampagne wirkten Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Freiwilligendienstsektoren sowie aus den Bereichen Bundeswehr, Politik und Wissenschaft als Fachexperten mit.² Gegenstand reger Diskussionen waren neben rechtlichen Aspekten, Möglichkeiten des Ausbaus bestehender Infrastrukturen sowie Anreize für die Dienstleistenden auch die Frage einer potenziellen Verpflichtung. Es wurde zudem darüber debattiert, an wen sich die ChancenZeit richtet, wie sie finanziert werden und welche Dauer vorgesehen sein sollte. Am Ende der Jugendworkshops erfolgte überwiegend online eine anonyme Stimmungsabfrage mithilfe des Programms VoxR.³ Dabei wurden standardisierte Fragen mit einer oder mehreren Antwortoptionen oder mit der Möglichkeit zur Freitexteingabe gestellt. Dadurch sollte erhoben werden, was die betroffene Altersgruppe selbst über einen Gesellschaftsdienst denkt.

Argumente gegen eine Verpflichtung

Bei den Landeshauptstadtforen äußerten Panelisten und Gäste, die der Verpflichtung kritisch gegenüberstehen, ein obligatorischer Gesellschaftsdienst sei ein unzulässiger Eingriff in die persönlichen Lebensläufe junger Menschen und könne sogar als ein die Grundrechte beschneidender Arbeitszwang angesehen werden. Jungen Menschen würde aufgebürdet, ein Jahr ihres Lebens in den Dienst einer Sache zu stellen, mit der sie sich möglicherweise nicht identifizierten. In diesem Zusammenhang wurde die Befürchtung geäußert, dass eine Verpflichtung die intrinsische Motivation der Jugendlichen schmälern würde. Dies könne dazu beitragen, dass perspektivisch beispielsweise ältere Menschen von unfreiwilligem und unmotiviertem Personal gepflegt würden. Zudem wurde wiederholt argumentiert, dass Freiwilligkeit das Kernprinzip sei, das die Freiwilligendienste bislang ausmache. Außerdem lasse sich Nächstenliebe nicht erzwingen. Eine Verpflichtung eigne sich in einem freiheitlich-demokratischen Land weder zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts noch zur Bewältigung des Fachkräftemangels. Vielerorts gebe es gegenwärtig keine erhöhte Nachfrage, die das Angebot übersteigt. Letztlich seien die bestehenden Infrastrukturen bei den Freiwilligendiensten und bei der Bundeswehr aktuell nicht auf eine Verpflichtung ausgerichtet und müssten mit einem hohen planerischen und finanziellen Aufwand entsprechend angepasst werden. Daher sei es insbesondere in den Augen der Freiwilligendienstträger sinnvoller, bestehende Strukturen zu stärken und finanziell noch mehr Unterstützung bereitzustellen, vor allem für jene, die es sich nicht leisten können, einen Freiwilligendienst zu absolvieren.

Die befürwortenden Stimmen aus Politik und Zivilgesellschaft argumentierten demgegenüber mit dem Wert bzw. den Chancen, die eine verpflichtende Dienstzeit für die persönliche Weiterentwicklung der Jugendlichen selbst und für die Gesellschaft als Ganzes hätte. Ein solcher Dienst sei nicht per se als Zwang anzusehen, da die Schulabgänger den Bereich, in dem sie ein Jahr lang eingesetzt wären, den eigenen Interessen entsprechend frei wählen könnten.

Ein Gesellschaftsdienst könne in dieser Lebensphase hilfreich sein, da junge Menschen sich einerseits mit einer sinnstiftenden Tätigkeit in die Gesellschaft einbringen und andererseits wertvolle Arbeits- und Lebenserfahrungen sammeln könnten, die wiederum der beruflichen Orientierung dienen würden. Man käme mit Menschen außerhalb des gewohnten Freundes- und Bekanntenkreises und aus anderen sozialen Kontexten in Kontakt, wodurch Jugendliche ihren Horizont erweitern, zusätzliche soziale Kompetenzen erwerben und letztlich Vorurteile abgebaut werden könnten. In Zeiten einer zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung würde ein verpflichtender Dienst an der Gesellschaft zudem dazu beitragen, dass man aus der eigenen Bubble ausbreche, Verantwortung übernehme und neue Lebenswirklichkeiten kennenlerne. An dieser Stelle wurde seitens der kritischen Stimmen wiederum angeführt, dass dies bereits durch die bestehenden freiwilligen Angebote geboten würde. Aktuell absolvieren durchschnittlich 12 Prozent aller 18-jährigen Deutschen einen Freiwilligendienst. Etwa 90 Prozent davon sind Abiturientinnen und Abiturienten, sozial-finanziell schlechter gestellte Jugendliche werden dagegen oft nicht erreicht.⁴

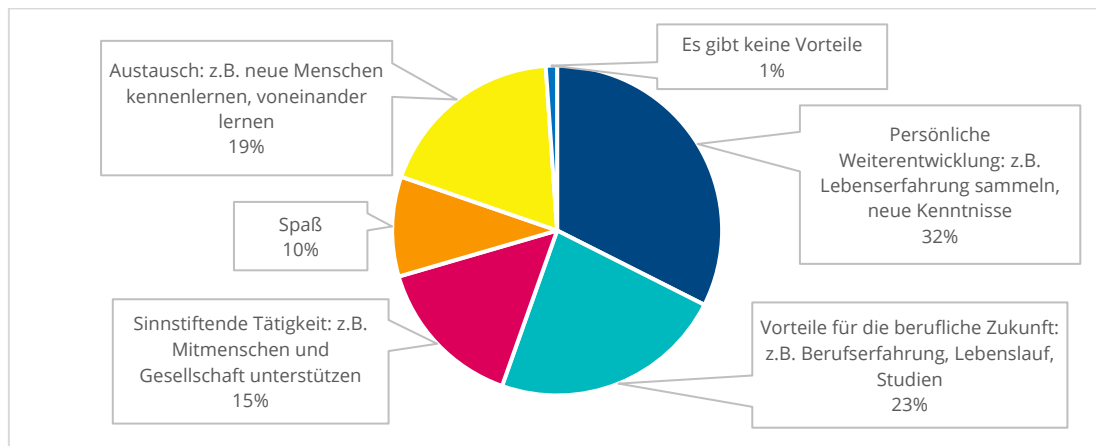
Ein häufig genanntes Argument für die Verpflichtung war dementsprechend, dass nur so alle gesellschaftlichen Gruppen einbezogen würden. Schließlich wurde auch diskutiert, dass die Verpflichtung einer gesamten jeweiligen Alterskohorte der Bundeswehr sowie den Trägern von Freiwilligendiensten die Möglichkeit bieten würde, nachhaltiges Interesse bei den Dienstleistenden zu wecken und dadurch langfristig Auszubildende, Fachpersonal und ehrenamtlich Engagierte zu gewinnen. Die obligatorische Dienstzeit könne dazu beitragen, die Bundeswehr wieder mehr in die Mitte der Gesellschaft und in das Blickfeld der Jugend zu rücken. Diese Aufwertung hoben einige Sprecher angesichts der neuen militärischen Bedrohungslage als bedeutend hervor. Aber auch im sozialen Bereich, z.B. in Schulen und Kitas, gäbe es Bedarf an zusätzlicher Man- und Woman-Power.

Jugendliche sehen Chancen in der ChancenZeit

In die Ergebnisse der Kampagne eingeflossen sind auch die erwähnten Teilnehmerbefragungen, die im Rahmen der World-Café-Veranstaltungen durchgeführt wurden und ein empirisches, wenn auch nicht repräsentatives Bild über die aktuelle Stimmungslage vermitteln.

Bei der Frage nach den Vorteilen der ChancenZeit ist auffällig, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer anerkennen, dass ein Gesellschaftsdienst Vorteile bietet (siehe Grafik 1). So kommt die Aussage, es gäbe überhaupt keine Vorteile, lediglich auf einen Stimmanteil von 1 Prozent. 32 Prozent der abgegebenen Stimmen entfielen auf die Möglichkeit zur persönlichen Weiterentwicklung und 23 Prozent auf Vorteile für die berufliche Zukunft. Die Ergebnisse von 19 Prozent Stimmanteil für das Kennenlernen neuer Menschen und die 15 Prozent für die Ausübung einer sinnstiftenden Tätigkeit zeigen, dass viele junge Menschen diese Aspekte ebenfalls als Vorteile ansehen. Der Faktor Spaß macht einen Anteil von 10 Prozent aus.

Grafik 1 (F6): Was sind deiner Ansicht nach die Vorzüge einer "ChancenZeit"?

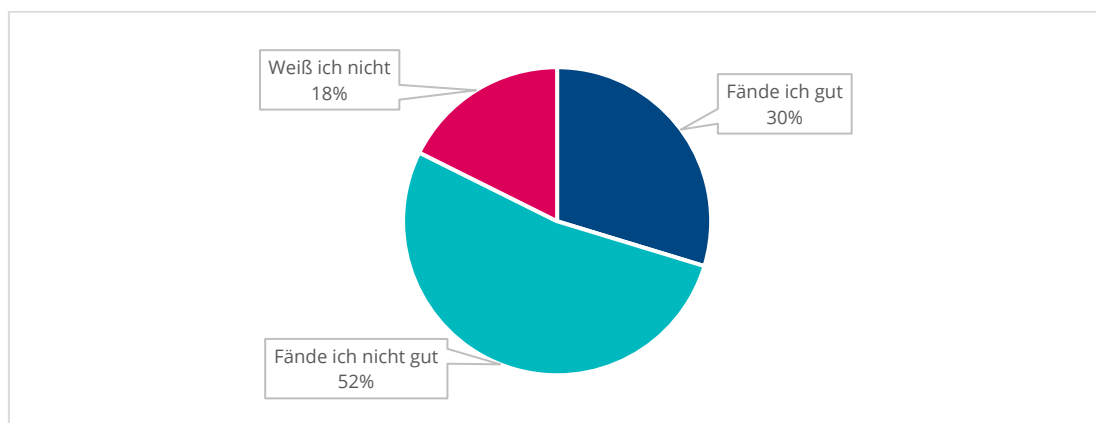


Quelle: Befragungen im Rahmen der ChancenZeit-Kampagne der Konrad-Adenauer-Stiftung

Verpflichtung oder Freiwilligkeit?

Bei der Frage nach der Bewertung einer verpflichtenden Einführung der ChancenZeit ergibt sich ein überraschend differenziertes Bild. Mit 52 Prozent (siehe Grafik 1) lehnt knapp über die Hälfte der teilnehmenden Jugendlichen die Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsdienstes ab, explizit befürwortet wird sie von 30 Prozent. Bemerkenswert ist der hohe Anteil an Unentschlossenheit von knapp einem Fünftel (18 Prozent). Dies geht mit der Erkenntnis aus den Veranstaltungen einher, dass ein weitreichendes Informationsdefizit besteht. Somit halten sich die Anteile klarer Ablehnung und einer befürwortenden bzw. unentschiedenen Einstellung in etwa die Waage. Der Meinungsbildungsprozess zu dieser Frage scheint demnach bei vielen Jugendlichen noch nicht abgeschlossen zu sein.

Grafik 2 (F2): Was hältst Du von der Einführung eines obligatorischen Gesellschaftsdienstes bzw. einer „ChancenZeit“?



Quelle: Befragungen im Rahmen der ChancenZeit-Kampagne der Konrad-Adenauer-Stiftung

Schonmal was vom FSJ gehört?

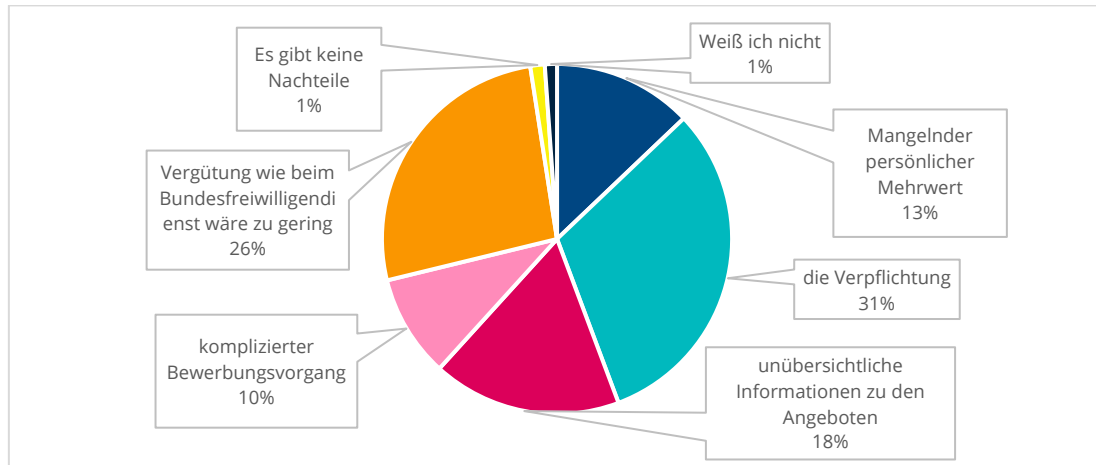
Schon heute absolvieren viele Jugendliche keinen Freiwilligendienst, weil sie die Möglichkeiten nicht kennen oder die Vorzüge von Freiwilligendiensten für sich nicht sehen. Dabei ist aus der Jugendforschung bekannt, dass es vielen Jugendlichen gerade nach Beendigung der Schullaufbahn an Orientierung fehlt.⁵ Zudem ist der Wunsch nach einer sinnstiftenden Tätigkeit gerade in diesem Alter besonders stark ausgeprägt.⁶ Dies kam auch im Rahmen der World-Café-Veranstaltungen vermehrt zum Ausdruck. Jedoch mangelt es an Zugängen zu Informationsangeboten (siehe auch Grafik 3). Eine von den Jugendlichen selbst vielfach vorgeschlagene Maßnahme ist, dass mehr Informationen in der Schulzeit bereitgestellt werden. Wiederholt wurde auch seitens der Freiwilligendienstträger über die Notwendigkeit gesprochen, mehr an den Schulen zu werben. Informationen zu den Einsatzmöglichkeiten könnten z.B. im Rahmen von Projekttagen oder Workshops an Schulen vermittelt werden. Diskutiert wurde auch eine Integration der Dienstzeit in die Schullaufbahn, wobei sich eine Orientierung an bestehenden Modellprojekten wie dem „Freiwilligen Sozialen Schuljahr“ anbietet. Weitere Plattformen zur Informationsvermittlung könnten Jobmessen, aber auch soziale Medien (z.B. TikTok) sein. Es wurde auch vorgeschlagen, die Erfahrung von Ehemaligen durch Mentorenprogramme zu nutzen und einen Dienst im Rahmen einer Probeweche auszuprobieren.

Besseres Image fördert Akzeptanz

Bei den Veranstaltungen wurde deutlich, dass Dienste an der Gesellschaft ein besseres Image brauchen, um von jungen Menschen vermehrt wahrgenommen zu werden. 13 Prozent der Umfrageteilnehmer sehen in der ChancenZeit keinen persönlichen Mehrwert.⁷ Daneben gaben 18 Prozent in Anlehnung an Erfahrungen mit den bestehenden Freiwilligendiensten an, dass sie unübersichtliche Informationen zu den Angeboten befürchten und 10 Prozent werden von vermeintlich komplizierten Bewerbungsvorgängen (siehe Grafik 3) abgeschreckt. Einhergehend mit diesen Umfrageergebnissen ergaben die Diskussionen mit Fachkundigen und Jugendvertretern, dass die unterschiedlichen Einsatzmöglichkeiten übersichtlich, verständlich und niedrigschwellig vermittelt werden müssen. Dies könnte in etwa durch eine gemeinsame Website oder App unterstützt werden. Kern eines ansprechenden Images ist schließlich die Namensgebung.

Der Begriff ChancenZeit, unter dem die Kampagne der Konrad-Adenauer-Stiftung steht, wurde sowohl aus dem Bereich der Freiwilligendienst-Praxis und der Bundeswehr als auch von Seiten der Jugendvertreter im Rahmen der Kampagne häufig positiv bewertet, da dieser den individuellen Mehrwert und die Entwicklungsmöglichkeiten der Zeit im Dienst der Gesellschaft hervorhebt. Neben ChancenZeit wurden von den jungen Teilnehmenden selbst z.B. „Gesellschaftsjahr“, „(Weiter-)Entwicklungszeit“, „Orientierungszeit“, „Selbstfindungszeit“, „Verpflichtungsjahr“ bzw. „-zeit“, „Unbubble-Zeit“ oder „Zeit für dich“ und „Findungszeit“ als mögliche Bezeichnungen für den Gesellschaftsdienst vorgeschlagen. Vor allem die Begriffe „Verpflichtung“ und „Zwang“ wurden dagegen durchweg negativ aufgenommen. Auch deshalb bietet sich eine neue, positiv-konnotierte Bezeichnung an.

Grafik 3 (F7): Was sind deiner Ansicht nach die Nachteile einer "ChancenZeit"?



Quelle: Befragungen im Rahmen der ChancenZeit-Kampagne der Konrad-Adenauer-Stiftung

Wäre eine Verpflichtung überhaupt umsetzbar?

Ein häufiger Diskussionspunkt auf den Landeshauptstadtforen war das zunehmende Auseinanderdriften der Gesellschaft in Zeiten zunehmender Individualisierung, Vereinzelung und Fragmentierung. Viele Jugendliche würden sich nur innerhalb ihrer eigenen sozialen „Bubble“ bewegen. Der Mehrwert eines verpflichtenden Allgemeinwohldienstes wurde aus diesem Grund auch von einigen kritischen Vertretern von Trägerorganisationen anerkannt, insbesondere wenn sie selbst auf positive Erfahrungen ihres eigenen Wehr- oder Zivildienstes zurückblicken konnten. Ein wiederholt vorgebrachter praktischer Einwand war jedoch die Frage der Umsetzbarkeit.

Hinsichtlich der Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsdienstes gibt es zurzeit noch rechtliche Hürden, weshalb zunächst entsprechende gesetzgeberische Voraussetzungen geschaffen werden müssten. In diesem Kontext war bislang häufig eine Streichung des Wortes „herkömmlich“ in Art. 12 GG im Gespräch, die jedoch sehr umstritten ist.⁸ Rechtsexperten sehen die Möglichkeit, anstelle einer Streichung eine neue rechtsichere Formulierung in Art. 12 a GG einzufügen. Entscheidend ist, dass der verpflichtende Gesellschaftsdienst nicht als unzulässiger Arbeitszwang missinterpretiert wird. Es würde sich daher anbieten, entsprechende Rechtsgutachten abzuwarten. Für Änderungen bzw. Ergänzungen des Grundgesetzes ist zudem eine Zustimmung im Deutschen Bundestag mit einer Zweidrittelmehrheit notwendig. Daher müsste der Einführung einer verpflichtenden Dienstzeit auch eine entsprechende politische Willensbildung vorausgehen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt mit Blick auf die Umsetzbarkeit ist die momentan fehlende Infrastruktur bei den Trägern und der Bundeswehr. Die meisten Expertinnen und Experten der ChancenZeit-Kampagne waren sich einig, dass ein verpflichtender Einsatz für die Gesellschaft aufgrund aktuell fehlender Strukturen kurzfristig nicht umsetzbar sei, sondern mittelfristig mit einer Vorlaufzeit von mindestens zehn Jahren vorbereitet werden müsste.

Anbieter von Freiwilligendiensten beschrieben zudem den Umstand als problematisch, dass sie sich in der ständigen Angst um Kürzung finanzieller Mittel befänden und auch für die Öffentlichkeitsarbeit nicht genügend Gelder vorhanden seien. Im Bundeshaushalt 2024 ist tatsächlich ein rund 24 Prozent geringeres Budget für Freiwilligendienste vorgesehen als im Jahr 2023. Im Rahmen eines verpflichtenden Gesellschaftsdienstes müsste der Staat jedoch dafür Sorge tragen, entsprechende Infrastrukturen für die Aufnahme eines ganzen Jahrgangs bereitzustellen. Dies würde zu einer stärkeren Planungssicherheit führen, aber selbstverständlich auch die Bereitstellung von mehr finanziellen Mitteln im Bundeshaushalt erfordern.

Da die Idee eines verpflichtenden Gesellschaftsdienstes in Politik und Gesellschaft derzeit jedoch umstritten ist und aufgrund der langen Vorlaufzeit in naher Zukunft auch aus praktischen Gründen nur schwer umsetzbar erscheint, wurde während der Kampagne vor allem auch über passende Anreize diskutiert, die eine möglichst hohe Zahl von Jugendlichen zur Absolvierung eines Freiwilligendienstes bewegen könnten.

Vergütung muss erhöht werden

Der Faktor Finanzierung des Gesellschaftsdienstes und Vergütung der Dienstleistenden wurde insgesamt sehr ausführlich diskutiert. Für viele Jugendliche, die es sich nicht leisten können, würde das geringe Entgelt eine große Hürde darstellen, äußerten Fachleute und auch junge Stimmen. Die Aufwandsentschädigung von monatlich 438 Euro beim Bundesfreiwilligendienst falle aktuell so gering aus, dass es vielen Jugendlichen ohne finanzielle Unterstützung der Familie nicht möglich sei, einen Freiwilligendienst, vor allem fernab der Heimat, zu absolvieren. Auch in der Umfrage kam bei der Frage nach den Nachteilen der ChancenZeit die Vergütung mit einem Stimmanteil von 26 Prozent (siehe Grafik 3) an zweiter Stelle nach der Verpflichtung (31 Prozent). Ein mehrfach genannter Vorschlag ist die Anlehnung der Finanzierung an das ehemalige Zivildienstmodell. Dies würde eine höhere Grundvergütung und zusätzliche Unterstützung in besonderen Lebenslagen, wie z.B. die Übernahme von Fahrtkosten und Zuschüsse zur Unterkunft, beinhalten.

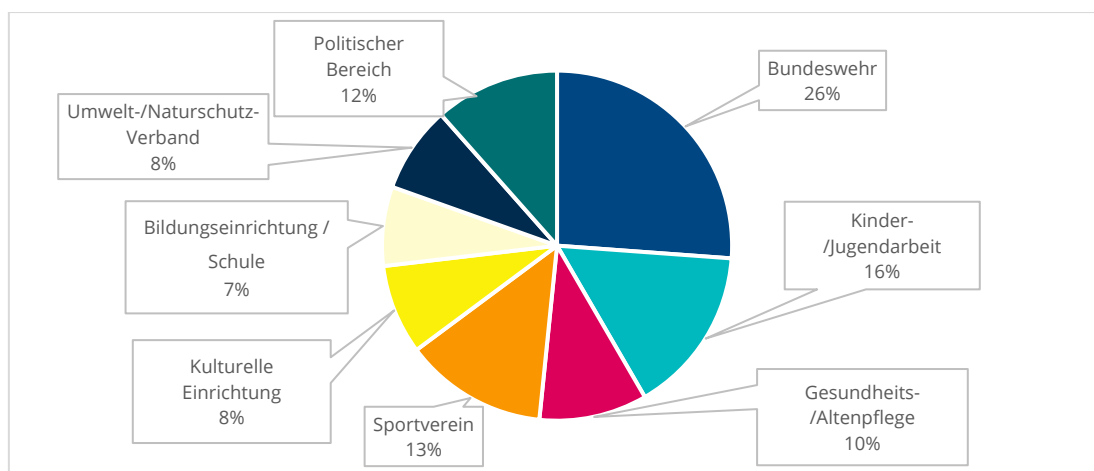
Anreize steigern das Interesse

Weitgehende Einigkeit gab es hinsichtlich der Einschätzung, dass sich eine Sanktionierung von Verweigerern, wenn eine Verpflichtung eingeführt würde, in der praktischen Umsetzung schwierig gestalten würde. Stattdessen bestand weitgehend Konsens, dass neben einer besseren Vergütung Anreize geboten werden müssten, damit Jugendliche den Mehrwert einer ChancenZeit – ob verpflichtend oder nicht – für sich erkennen. Es gelte Rahmenbedingungen zu schaffen, die es besonders attraktiv machen, die Zeit im Dienst der Gesellschaft nicht missen zu wollen. Auch den jungen Umfrageteilnehmerinnen und -teilnehmern zufolge sollten die Anreize ausgebaut und bessere Bedingungen in den unterschiedlichen Einsatzbereichen geschaffen werden. Neben einer höheren Vergütung würden bessere Anrechenbarkeiten der Dienstzeit auf ein Studium bzw. eine Ausbildung, kürzere Wartezeiten auf ein Studium mit einem hohen NC sowie materielle Vorteile wie kostenlose ÖPNV-Fahrkarten eine ChancenZeit attraktiver machen.

Viele wollen zur Bundeswehr

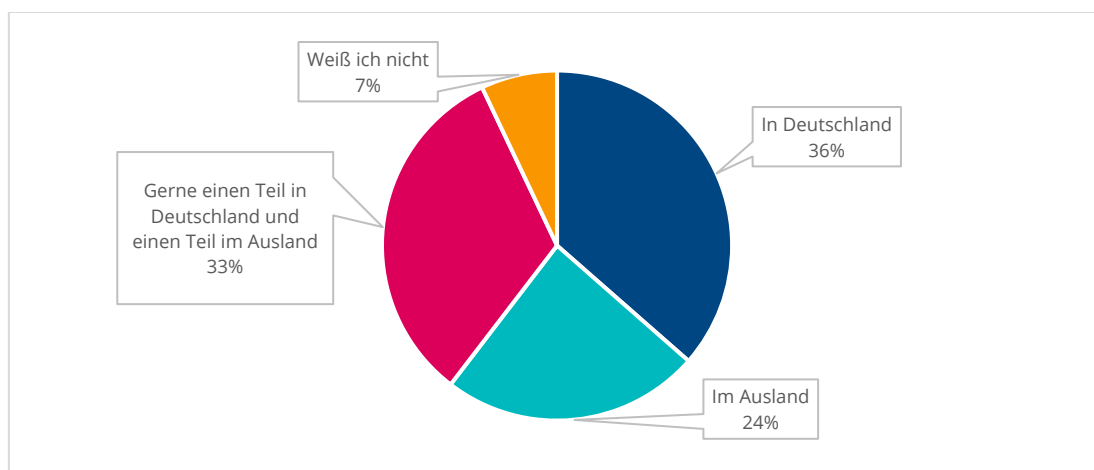
Die Frage, in welchem Bereich die Jugendlichen am ehesten eine ChancenZeit absolvieren würden, ergab ein besonders ausgeprägtes Interesse für die Streitkräfte.⁹ Über ein Viertel der Umfrageteilnehmer wählten die Bundeswehr als einen ihrer bevorzugten Dienstbereiche aus. Die nächstgrößten Stimmenanteile entfielen auf die Kinder- und Jugendarbeit (16 Prozent), auf Sportvereine (13 Prozent), den politischen Bereich (12 Prozent) und die Gesundheits- und Altenpflege (10 Prozent). Ein Drittel (33 Prozent) der Umfrageteilnehmenden fand sowohl eine Kombination von einem Dienst in Deutschland und im Ausland ansprechend. Einige Diskussionen im Rahmen der Veranstaltungen lassen zudem auf Interesse an einer Kombination von Einsatzbereichen schließen.

Grafik 4 (F3): In welchem Bereich würdest Du am ehesten eine "ChancenZeit" absolvieren?



Quelle: Befragungen im Rahmen der ChancenZeit-Kampagne der Konrad-Adenauer-Stiftung

Grafik 5 (F4): Wo würdest Du die "ChancenZeit" am ehesten absolvieren

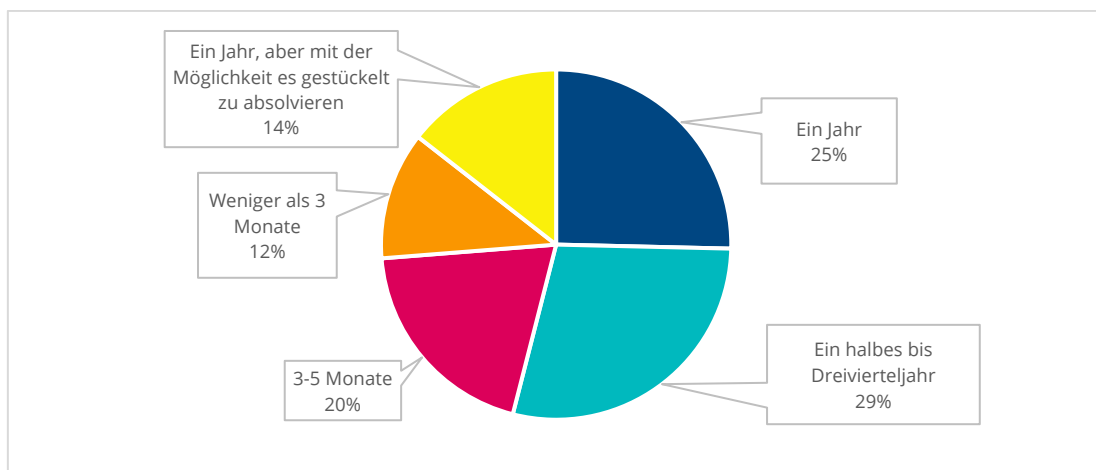


Quelle: Befragungen im Rahmen der ChancenZeit-Kampagne der Konrad-Adenauer-Stiftung

Wie viel Zeit beansprucht die ChancenZeit?

Rege debattiert wurde ebenfalls der Zeitrahmen, in dem die ChancenZeit absolviert werden soll. Mit 29 Prozent sprach sich eine relative Mehrheit der Befragten für einen Dienstzeitraum von sechs bis neun Monaten aus, dahinter rangiert die Option des einjährigen Dienstes, die von einem Viertel für die sinnvollste Option gehalten wird. An dieser Stelle bemerkenswert ist der Befund, dass weitere 14 Prozent ebenfalls ein Jahr für einen guten Zeitraum halten, allerdings mit der Option, den Dienst mit Unterbrechungen gestückelt ableisten zu können. Freiwilligendienststräger geben allerdings zu bedenken, dass allein die Anlernphase bis zu einem halben Jahr dauern kann, sodass eine darüberhinausgehende, ohne Unterbrechung absolvierte Dienstzeit für Freiwilligendienstanbieter den größten Mehrwert darstellen würde. Darum gilt es, in der Ausgestaltung eines verpflichtenden Gesellschaftsdienstes zwischen dem Wunsch nach möglichst viel Flexibilität und dem Bedürfnis der Träger nach möglichst viel Kontinuität abzuwägen.

Grafik 6 (F5): Wie lange sollte eine derartige "ChancenZeit" dauern?



Quelle: Befragungen im Rahmen der ChancenZeit-Kampagne der Konrad-Adenauer-Stiftung

Schlussbetrachtung

Die ChancenZeit-Kampagne hat aufgezeigt, dass der Aspekt der Verpflichtung zwar umstritten ist, Dienste für die Gesellschaft aber breite Akzeptanz finden können, wenn die Möglichkeiten für Dienstleistende und Gesellschaft in den Mittelpunkt gestellt werden. Neben einer positiv besetzten Begrifflichkeit sollten Imagekampagnen und Werbemaßnahmen die Vorteile des Dienstes für die Jugendlichen betonen. Bei vielen jungen Menschen besteht ein hoher Informationsbedarf. Es bietet sich an, die Schule als Informationsplattform zu nutzen.

Grundvoraussetzung für die Einführung eines verpflichtenden Gesellschaftsdienstes ist, dass die rechtlichen Bedingungen durch den Gesetzgeber geschaffen werden. Der Staat wäre verpflichtet, die Träger mit ausreichenden finanziellen Mitteln auszustatten und müsste genügend Vorlaufzeit bis zum Start einräumen, damit die notwendigen Strukturen aufgebaut werden können. Auch wenn von einer Verpflichtung abgesehen wird, ist in jedem Fall zu überlegen, welche zusätzlichen nicht-materiellen und materiellen Anreize den Dienstleistenden geboten werden können und welcher Budgetansatz hierfür notwendig wäre. Im Vorfeld ist eine breit angelegte öffentliche Debatte notwendig, im Rahmen derer auch die Jugend eingebunden wird. Wichtig dabei ist jedoch, dass nicht nur besonders laute Stimmen als vermeintliche „Sprecher ihrer Generation“ Gehör finden, sondern ein differenziertes Meinungsbild eingeholt wird. Denn die Befragung der in die Kampagne involvierten teilnehmenden Jugendlichen zeigt, dass eine grundsätzliche Offenheit besteht. Eine weitere Erkenntnis ist, dass der Dienst bei der Bundeswehr einem großen Teil der Jugendlichen attraktiv erscheint, was auf ein hohes Potential an Nachwuchskräften hindeutet.

Letztlich ist die Gesellschaft auch unabhängig von der Debatte um einen verpflichtenden oder freiwilligen Dienst auf bürgerschaftliches Engagement angewiesen. Die Kampagne zeigt, dass auch bei jungen Menschen grundsätzlich die Bereitschaft besteht, sich stärker einzubringen. Darum ist es entscheidend, dass die Rahmenbedingungen in den bestehenden Einsatzbereichen ausgebaut und jungen Menschen mit ihren jeweiligen Vorzügen besser als bislang nähergebracht werden. So können mehr junge Menschen nach Schulabschluss die Chancen einer Zeit für sich selbst und für die Gesellschaft nutzen.

-
- ¹ Seit 2004 ist die Konrad-Adenauer-Stiftung in allen Landeshauptstädten außer Kiel (Hermann-Ehlers-Stiftung) und München (Hanns-Seidel-Stiftung) vertreten.
 - ² Unter anderem von der Caritas, der Diakonie, dem Technischen Hilfswerk, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, dem Deutschen Roten Kreuz, der kulturellen Jugendbildung, der Deutschen Soccer Liga und der internationalen Jugendgemeinschaftsdienste.
 - ³ An der Umfrage haben knapp 700 junge Menschen von 14 bis 19 Jahren teilgenommen.
 - ⁴ Susanne Huth (2022: Freiwilligendienste in Deutschland: Stand und Perspektiven, S. 44, in: Bertelsmann Stiftung, online unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Migration_fair_gestalten/Freiwilligendienste_in_Deutschland_2022_INBAS.pdf (zuletzt aufgerufen am 21. August 2023).
 - ⁵ Barbara Gillmann (2022): Orientierungslose Schüler scheuen die Entscheidung für einen Ausbildungsberuf, in: Handelsblatt, online unter: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/fachkraeftemangel-orientierungslose-schueler-scheuen-die-entscheidung-fuer-einen-ausbildungsberuf/28503522.html> (zuletzt aufgerufen am 21. August 2023).

- ⁶ Mathias Albert et al. (2019): Jugend 2019: Eine Generation meldet sich zu Wort, in: 18. Shell Jugendstudie, online unter: https://www.shell.de/about-us/initiatives/shell-youth-study/_jcr_content/root/main/containersection-0/simple/simple/call_to_action/links/item0.stream/1642665739154/4a002dff58a7a9540cb9e83ee0a37a0ed8a0fd55/shell-youth-study-summary-2019-de.pdf (zuletzt aufgerufen am 21. August 2023); SINUS (2020): Berufsorientierung Jugendlicher: Welche Rolle spielen die Eltern?, in: sinus-institut.de, online unter: <https://www.sinus-institut.de/media-center/news/berufsorientierung-jugendlicher-welche-rolle-spielen-die-eltern> (zuletzt aufgerufen am 21. August 2023).
- ⁷ Mit der Möglichkeit zu Mehrfachantworten.
- ⁸ Süddeutsche Zeitung (2019): Darum geht es bei der allgemeinen Dienstpflicht, in: sueddeutsche.de, online unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/dienstpflicht-gesellschaftsjahr-cdu-1.4701295> (zuletzt aufgerufen am 21. August 2023).
- ⁹ Mit der Möglichkeit zu Mehrfachantworten.

Impressum

Die Autorin

Natalie Klauser ist seit 2020 Referentin für das Tätigkeitfeld Demographischer Wandel in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Natalie Klauser

Referentin Demographischer Wandel
Hauptabteilung Analyse und Beratung, Gesellschaftlicher Zusammenhalt

T +49 30 / 26 996-3746

natalie.klauser@kas.de

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2023, Berlin
Gestaltung: yellow too, Pasiak Horntrich GbR
Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).